

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1743/07

von Francesco Musotto (PPE-DE), Raffaele Lombardo (PPE-DE) und Sebastiano (Nello) Musumeci (UEN)
an die Kommission

Betrifft: Nationaler Strategischer Rahmenplan für die Regionalpolitik 2007-2013

Die Kommission wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

Welche Haltung wird sie einnehmen, falls ein Mitgliedstaat, nachdem er die Kriterien für die Verteilung der Gemeinschaftsmittel entsprechend den Angaben der Europäischen Kommission mit den Regionen vereinbart hat, anschließend unter Verletzung dieser Kriterien festlegt, dass bereits den unter das Ziel „Konvergenz“ fallenden Regionen zugeteilte beträchtliche Quoten (über 40 %) umverteilt und anstelle dessen zur Durchführung nationaler und interregionaler operationeller Programme verwendet werden sollen, und zwar entgegen dem von der hauptsächlich betroffenen Region in sämtlichen Instanzen wiederholt bekundeten Standpunkt?

Welche Folgemaßnahmen wird sie treffen, nachdem sie in dem ersten Evaluierungsbericht zu dem NSRP des betreffenden Mitgliedstaates dieselben Einwände erhoben hat, wie sie bereits von der besagten Region vorgebracht wurden? Dass nämlich:

1. Die umverteilten Mittel neben den Sektoren, für die ausschließlich die Regionen zuständig sind (wie Kultur, Natur, Fremdenverkehr), auf nationale operationelle Programme – ohne für dieselben konkrete Aktionsbereiche festzulegen und eine präzise regionale Aufteilung der Mittel vorzunehmen – konzentriert würden, mit denen, wie von der Europäischen Kommission bemerkt wurde, unter Verletzung des Subsidiaritätsprinzips „die Wirksamkeit des Programms durch Interventionen zur Umsetzung der Strategie überlagert wird“.
2. Ebenfalls im Widerspruch zu den vereinbarten Kriterien eine Erhöhung anstelle der vorgeschriebenen Verringerung des für die nationalen Programme zu bestimmenden Prozentsatzes der Finanzmittel für das Konvergenzziel gegenüber dem Zeitraum 2000-2006 festgestellt wird.
3. Die den Regionen entzogenen Mittel zum Teil wieder als gewöhnliche staatliche Interventionsmaßnahmen eingesetzt würden, womit gegen den Grundsatz der Zusätzlichkeit verstoßen wird.

Welche Bedeutung mißt sie außerdem der Tatsache bei, dass mit der hauptsächlich betroffenen Region, die im Übrigen Sonderstatus besitzt, keine Konzertierung erfolgt ist und die notwendige regionale Stellungnahme zu dem NSRP lediglich als Positionspapier der Mehrheit eines Gremiums abgegeben wurde?

Wird sie schließlich als Akteur der trilateralen Partnerschaft eine konkrete Initiative ergreifen, das heißt eine trilaterale Konzertierung zur einvernehmlichen Lösung der Kontroverse und zur Vermeidung eventueller weiterer Streitigkeiten vorsehen?